FPÖ WIEN INFO

Ausgabe 7/2022

Österreichische Post AG · SP 05Z036406 S · 1010 Wien

ES REICHT!

Wien wird von einer Serie an Fällen von Migrantenkriminalität erschüttert. Messerstecherei zwischen Syrern am Praterstern, mehrere Vergewaltigungen innerhalb von 24 Stunden und als Krönung gewalttätige Ausschreitungen in der Halloween-Nacht in Wien, Linz, Salzburg und Klagenfurt – darunter unzählige Asylwerber und Asylberechtigte

Die aktuelle Asylkrise - von der vor allem SPÖ und Grüne immer noch behaupten, es würde sie nicht geben - hat das Ausmaß von 2015 längst überschritten. Wurden im Jahr 2021 gut 19.000 Asylanträge österreichweit gestellt, waren es allein bis September 2022 bereits 56.150. Unter den Asylsuchenden sind hauptsächlich junge Männer aus Afghanistan (12.000 Asylanträge), Syrien (rund 10.000 Anträge) sowie Indien (7.600 Anträge). Gleichzeitig wird allein in Wien rund 35.000 Personen die Grundversorgung ausbezahlt. Das sind um 15.500 mehr, als vom Bund vorgeschrieben, was eine Übererfüllung der Quote von 179 Prozent bedeutet.

Bezahlen müssen das die Wienerinnen und Wiener, die mit Gebührenerhöhungen und Co. weiter ausgesackelt werden. Doch es scheint den Genossen noch lange nicht genug, denn SPÖ-Bürgermeister Ludwig lockt mit weiteren Geldgeschenken noch mehr Sozialzuwanderer aus aller Herren Länder nach Wien, die wir mit unserem Steuergeld jahrelang durchfüttern müssen.

Denn im roten Wien erhalten nicht nur subsidiär Schutzberechtigte, sondern sogar Ausreisepflichtige mit negativem Asylbescheid rund 980 Euro Mindestsicherung pro Monat. Und als Dank dafür werden wir mit Mord, Raub und Vergewaltigung konfrontiert. Die schwarz-grüne Bundesregierung mit Bundeskanzler Nehammer und Innenminister Karner ist um keinen Deut besser.

Über die Grünen mit Kogler, Maurer und Co. braucht man sowieso kein Wort zu verlieren, weil sie am liebsten alle Afghanen, Syrer, Nafris usw. nach Österreich holen würden. Es ist ein grobes Versagen, dass täglich tausende als Asylwerber getarnte Sozialmigranten – nur sehr selten sind es Frauen und Kinder, sondern fast ausschließlich junge Männer – über die Grenze kommen, anstatt diese zu sichern und den Asylantenansturm abzuwehren. Aber diese Heuchelei, eine harte Asyllinie vorzugaukeln und dann alle Zuwanderungswilligen in unser Land und unsere Stadt zu lassen, ist typisch für die ÖVP!

Eines ist sicher: Auf die EU-Bürokraten brauchen wird bei der Bewältigung dieser Völkerwanderung nicht zu hoffen. Wir brauchen JETZT eine Festung Österreich, wo es kein Durchkommen mehr für illegale und kriminelle Zuwanderer gibt.

Euer

Dominik Nepp
Landesparteiobmann

WIR FREIHEITLICHE FORDERN:

- **Sofortiger Asyl- und Zuwanderungsstopp** für Sozialmigranten
- **Schutz und Verteidigung unserer Grenzen** mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln
- **Keine Sozialleistungen** für Wirtschaftsmigranten
- **Sofortige Abschiebung** von illegalen Migranten

Finanzierungsstopp, Aufnahmestopp und rigorose Abschiebungen: Anders geht es nicht

Beitrag von **MAXIMILIAN KRAUSS,** Klubobmann FPÖ-Wien

Die linke Schickeria hat sich im Surrealismus des Gender-Wahnsinns und dem Traum einer bunten Gesellschaft verloren. Sie stolpert, ohne es selbst zu merken, durch ein Labyrinth, das sie sich mittels ihrer Gutmenschlichkeit selbst errichtet hat. Die Wahrheit bleibt außen vor, den Weg zu dieser zurück will man offenkundig nicht finden.

Ein Paradebeispiel dafür ist der bald schon links-extreme VSSTÖ, der just am Nationalfeiertag davon schwadronierte, auf Österreich könne man nicht stolz sein. Es sei ein von, Patriarchat und Femiziden geprägtes Land, dessen Grenzen anstatt geschützt niedergerissen werden sollen. Mehr Multi-Kulturalität wird gefordert – ungeachtet der offenkundigen Probleme, die diese mit sich bringt.

Während in Linz und Wien am 31. Oktober junge Männer, die sich Hoffnung auf Asyl bei uns machen oder bereits ihren Asylstaus bekommen haben, randalieren, sich Straßenschlachten mit der Polizei liefern und Allahu Akbar rufend Schüsse aus einer Waffe abgeben, träumen die Linken nach wie vor von offenen Grenzen und Integration. Bei der zurecht zu verurteilenden Serie der Frauenmorde negiert man, dass die Mehrheit ebenfalls von ehemaligen Flüchtlingen und Migranten aus nichtigen Beweggründen verübt wurde.

Fakt ist: Bei allem Bemühen das den Österreichern abverlangt wird – schließlich gehört es zum guten Ton der linksdefinierten Menschlichkeit, Integration als Bringschuld zu sehen – wird diese nie gelingen – ja, gar nicht gelingen können. Die, vornehmlich jungen Männer, die aus dem Nahen und Mittleren Osten sowie aus Nordafrika kommen, haben oft wenig bis gar kein Interesse daran, sich unseren Lebensweisen anzupassen. Respekt vor Frauen? Fehlanzeige! Motivation zu arbeiten, einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten? Nicht notwendig! Der österreichische Staat und hier an vorderster Front die Bundeshauptstadt, verschenken großzügig Geld, bieten Wohnraum und eine kostenfreie Versorgung im Gesundheitssystem, womit sie jeden Anreiz, sich einen Job zu suchen, im Keim ersticken.

Unsere Strafverfolgung sowie das Rechtssystem lassen hier ebenfalls aus. Anstatt kriminell gewordene Zuwanderer umgehend abzuschieben, werden die meisten erst einmal auf freiem Fuß angezeigt. Zeit genug, um abzutauchen oder aus Österreich zu verschwinden. Wer so lasch im Umgang mit Kriminellen ist, darf sich nicht wundern. Wir brauchen endlich einen Aufnahmestopp, Abschiebungen müssen rigoros durchgeführt und die Geldleistungen massiv reduziert werden. Nur so können wir ein Mindestmaß an Integration jener erreichen, die bereits hier sind.

Wiener SPÖ verhindert parlamentarische Kontrolle mit allen Mitteln

Die SPÖ versucht auch nach dem Wien Energie Milliardenskandal mit allen Mitteln, die Ausweitung der Prüfkompetenz der U-Kommission auf ausgelagerte Unternehmen der Stadt Wien zu verhindern. Ein diesbezüglicher Antrag der FPÖ wurde von SPÖ, NEOS und Grünen im zuständigen Gemeinderatsausschuss einmal mehr abgelehnt.

Es ist beinahe diktatorisch, wie die Ludwig-SPÖ in Wien regiert, denn sie würgt alle Kontrollinitiativen der Opposition ab. Es ist zu befürchten, dass auch die von FPÖ und ÖVP eingesetzte U-Kommission zum roten Wien Energie Desaster weiter hinausgezögert und schlussendlich nicht zugelassen wird.

Einmal mehr zeigt sich, wie groß die Angst im roten Wien ist, dass die dubiosen Machenschaften der SPÖ aufgedeckt werden. Entlarvend ist auch das Abstimmungsverhalten der NEOS, die jahrelang in Opposition mehr Transparenz und Kontrolle eingefordert, jedoch in Koalitionsräson gegen den freiheitlichen Antrag gestimmt haben. Wiederkehr und Co. haben sich längst selbst aufgegeben.

Dass sich der ehemalige grüne Planungssprecher Christoph Chorherr aktuell vor Gericht verantworten muss, ist auch auf die fehlenden Kontrollmechanismen in der Wiener Stadtregierung zurückzuführen.

Chorherr soll von namhaften Immobilienunternehmen Zahlungen für einen von ihm initiierten gemeinnützigen Verein gefordert oder angenommen haben. Die Spender sollen sich im Gegenzug Vorteile bei Widmungsverfahren versprochen haben. Die Stadt – ein Selbstbedienungsladen. Das muss abgestellt werden!

Klimaschutz - Bitte nicht so!

„Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die des Anderen beginnt“, hat Immanuel Kant seinerzeit gesagt. Klimaaktivisten, die sich zurzeit mit Vorliebe auf Fahrbahnen ausgerechnet im Morgenverkehr kleben oder die der Meinung sind, Gemälde in Museen zerstören zu müssen, wären gut beraten, sich mit dem deutschen Philosophen zu befassen, anstatt ihre Mitbürger zu schikanieren.

Denn nichts anderes als Schikane sind diese sinnlosen Aktionen, die nicht nur vollkommen umsonst sind, sondern auch den Tagesablauf der arbeitenden Bevölkerung empfindlich beeinträchtigen.

Verpasste Termine, verspätetes Erscheinen am Arbeitsplatz und nicht zuletzt der provozierte Mehrausstoß von Co2 durch PKW und LKW, die im Stau stehen, werden für die vermeintlich gute Sache in Kauf genommen. Zudem kommt es immer wieder zu Behinderungen bei Rettungseinsätzen.

Der FPÖ-Abgeordnete Toni Mahdalik ist überzeugt: „Die Klebe-Trotteln sind ein Fall für Steinhof und sollten dort ihr Aufmerksamkeitsdefizit von Spezialisten behandeln lassen.“

Das rote Vorzeigeprojekt, der Wiener Gemeindebau, ist tot

Eine nette Zweiraum-Wohnung für ein junges Pärchen, eine hübsche Garconniere für Singles oder Studenten, ein ebenerdiges oder barrierefrei zugängliches Appartement für Senioren oder eine Mehrzimmerwohnung für Familien und alles zu einer leistbaren Miete – das ist der Anspruch den man an Wiener Wohnen stellen kann.

Doch die Realität sieht anders aus: Barrierefreiheit ist in den meisten Gemeindebauten ein Fremdwort, die Wohnungen bzw. die Hausanlagen sind häufig sanierungsbedürftig und von leistbar ist man in Wien mittlerweile so weit entfernt wie die Sonne vom Mond. Dass die Mieten etwa in der Anlage Adolf Loos Gasse in Wien Favoriten um bis zu 60 Prozent ansteigen, ist lediglich ein Beispiel für die Preistreiberei der Genossen und wird lapidar mit dem Auslaufen der Wohnbauförderungsdarlehen begründet. Logisch wäre jedoch, dass die Wohnungen dann günstiger anstatt teurer werden sollten. Die Genossenschaften leben dieses Modell vor: Wenn bei ihnen die Anlagen ausfinanziert sind, werden deren Wohnungen günstiger. Vergleicht man Wiener Wohnen mit der genossenschaftlichen Grundmiete plus Erhaltungsbeitrag, ist Wiener Wohnen um gut 50 Prozent teurer. Und das, obwohl viele Anlagen geradezu verfallen, während Genossenschaften Österreichs Sanierungsmeister sind. Sogar die Arbeiterkammer Wien warnte vor dem unlängst durchgezogenen Anstieg der Kategoriemieten. Etwa 100.000 Gemeindewohnungen sind von diesem hausgemachten Teuerungstsunami betroffen, hinzu kommen noch die gestiegenen Kosten für Strom und Gas. Während die SPÖ-Bundesparteivorsitzende Pamela Rendi-Wagner im Bund einen Mietenstopp fordert, kassiert das Rote Wien unbarmherzig ab – ein an Zynismus kaum zu überbietendes Vorgehen, ist Wiener Wohnen mit rund 220.000 Wohnungen am Ende des Tages der größte Profiteur.

Wir Freiheitliche schauen dieser roten Abzocke aber nicht tatenlos zu. Betroffene Bewohner können sich beim Österreichischen Mieterschutzring beraten lassen und auch der Wohnbauombudsmann der FPÖ-Wien, Michael Niegl, steht mit Rat und Tat zur Seite.

Bleib auch Digital stets informiert

instagram.com/fpoe_wien

facebook.com/fpoewien

www.fpoe-wien.at

Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ),
Landesgruppe Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien,
Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien,
Verlags- und Herstellungsort: Wien | Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S